

USA

So erloschen der Glanz

Erbittert wird in den Vereinigten Staaten darum gestritten, wer die Schuld am leidigen Krieg im Irak trägt. Nun behaupten zwei Buchautoren, neokonservative Intellektuelle hätten leichtfertig israelische und amerikanische Interessen gleichgesetzt – und lösen eine heftige Kontroverse aus.

Ein paar Tage lang lag das politische Zentrum der USA dort, wo Amerikas Herz schlägt: im Bundesstaat Missouri, in Kansas City, der Prärie-Metropole in der Mitte des Landes, sonst Welten entfernt vom monomanischen Politikbetrieb der Hauptstadt.

Vorige Woche waren fast alle nach Kansas City gekommen, die ernsthaft ins Weiße Haus wollen: von den Demokraten die Senatorin Hillary Clinton und ihr Rivale Barack Obama, von den Republikanern John McCain und der ehemalige Schauspieler Fred Thompson. Alle warben sie um die Gunst eines der mächtigen amerikanischen Veteranenverbände, der hier seine Jahresversammlung abhielt. Ihre Reden fielen noch etwas patriotischer aus als sonst; Hillary Clinton vorneweg pries Amerikas Soldaten. Sie weiß aus eigenem Erleben nur zu genau, wie die Feindschaft der Veteranen, einer Macht von 24 Millionen Ex-Soldaten etwa aus dem Zweiten Weltkrieg, aus Korea oder Vietnam, eine Präzedenzfall-Gefahr bringen kann. Bill Clinton, der Vietnam-Drückeberger, schaffte das.

Keiner der Newcomer aber verfiel auf so kühne Thesen über Amerikas Außenpolitik in Vergangenheit und Gegenwart wie ausgerechnet jener Oldie, der nach zwei Amtszeiten nun nichts mehr werden kann: George W. Bush. An dem Tag, an dem bei einem Hubschrauberabsturz im Irak 14 GIs starben – einer der höchsten Tagesverluste im ganzen leidigen Krieg –, beschwor er die Erinnerung an einen anderen Hubschrauber: den, der 1975 vom Dach der US-Botschaft in Saigon die letzten Verbündeten aus einem verlorenen Krieg ausflog.

Auch damals, so Bushs Lesart der Geschichte, hätte es geheißen, ohne Amerikas Präsenz am Kriegsschauplatz nähme das Töten ein Ende. In Wahrheit sei der Abzug der Auftakt für ein unvorstellbar großes Massaker gewesen: in Kambodscha, im

vom Norden eroberten Südvietnam und unter jenen Hunderttausenden Flüchtlingen, die ihr Heil in seeuntüchtigen Booten suchten. „Der Preis für Amerikas Abzug“, so Bush als Warnung, diesen Fehler nun nicht im Irak zu wiederholen, „wurde von Millionen unschuldiger Bürger bezahlt.“

Nach qualvollen Jahren der Aufarbeitung des Vietnam-Kriegs sind sich eigentlich die meisten Amerikaner darüber einig, dass ihre Soldaten damals in Südostasien nichts zu suchen hatten. Quer über das gesamte ideologische Spektrum gilt eine Rechtfertigung für das Indochina-De-

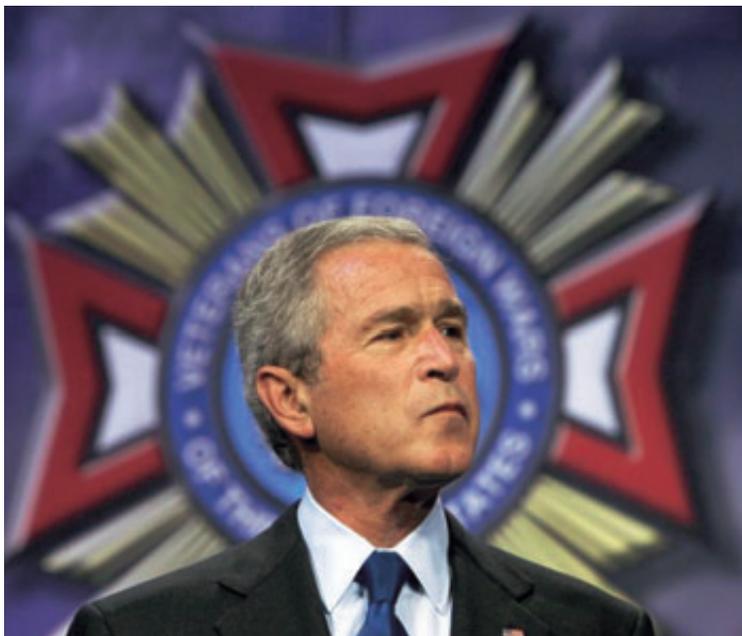
nach es keine Sicherheit für die USA ohne Frieden im Nahen Osten geben könne und keine Stabilität ohne Demokratien in der Region und der Weg nach Jerusalem deshalb über Bagdad führen müsse.

Auf dem Höhepunkt ihres Einflusses war diese Dominotheorie zur Regierungsdoktrin erhoben worden. Vor dem Kapitol gelobte Bush feierlich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit im Januar 2005: „Es ist die Politik der Vereinigten Staaten, demokratische Bewegungen und Institutionen in jedem Land und in jeder Kultur zu suchen und ihre Entwicklung zu fördern mit dem Endziel, die Tyrannei in der Welt zu beenden.“

Doch als Bush sein „In Tyrannos“ ablegte, stand das Projekt schon vor dem Scheitern. Amerikas Soldaten waren im Irak nicht als Befreier umjubelt worden, sie verstrickten sich immer heftiger in den Kampf gegen einen hartnäckigen Aufstand. Amerikanische Verluste häuften sich, und alsbald begann eine bittere Abrechnungsdebatte: „Who lost Iraq?“ Die Demokraten hoffen, Bushs Scheitern in der Wüste werde im kommenden Jahr den Machtwechsel garantieren. Das Weiße Haus beschimpft die Oppositionspartei als „Defätismokraten“.

Kommende Woche dürfte eine besondere Spielart dieser Debatte mit neuer Bitter-

keit über das Land hereinbrechen: Genau eine Woche bevor – ausgerechnet am 11. September – der amerikanische Oberbefehlshaber im Irak, General David Petraeus, seine Bilanz des Irak-Kriegs aufmachen wird, erscheint in den USA (und gleichzeitig auch in Deutschland) ein Buch von einiger Sprengkraft*. Unter anderem versuchen zwei Autoren nachzuweisen, dass es einer kleinen Gruppe überwiegend jüdischer Intellektueller und Mitglieder der



Oberbefehlshaber Bush beim Veteranenkongress: Warnung vor Vietnam

saster als politischer Selbstmord. Bushs Rechnung, mit dem Hinweis auf Vietnam den Abzug aus dem Irak aufzuhalten, kann deshalb nur dann aufgehen, wenn er seine Landsleute auch noch von der Wahrheit eines Satzes überzeugen kann, den er ebenfalls den jubelnden Veteranen vortrug. Die US-Truppen, sagte Bush, seien noch immer „die größte Macht zur Befreiung des Menschen, welche die Welt jemals gekannt hat“.

Da war es wieder, das Argument, die Streitkräfte seien Missionare der Demokratie. Die große neokonservative Idee feierte unverhoffte Wiederauferstehung, wo-

* John J. Mearsheimer, Stephen M. Walt: „Die Israel-Lobby. Wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird“. Campus Verlag, Frankfurt am Main; 504 Seiten; 24,90 Euro.



Irak-Krieger Wolfowitz, Rumsfeld (2004), Gefallenen-Ehrung: „Macht zur Befreiung“



Regierung gelungen sei, Amerika in diesen Krieg hineinzutreiben, weil ihnen das Schicksal Israels – mindestens – ebenso sehr am Herzen liege wie das ihres Vaterlands.

Der Vorwurf ist nicht gerade neu. Dass eine „kosher nostra“, bestehend aus den üblichen Verdächtigen Paul Wolfowitz, dem einstigen Stellvertreter von Pentagon-Chef Donald Rumsfeld, dessen Staatssekretär Douglas Feith, dem Verteidigungsexperten Richard Perle, der sich seit Ronald Reagans Zeiten über seinen Spitznamen „Fürst der Finsternis“ freut, und etwa zwei Dutzend weiteren Neocons, mit Hilfe bewusster Verdrehung der Tatsachen den Sturz des Diktators Saddam Hussein betrieben hat, gehörte schon lange zu den Washingtoner Gewissheiten an der Schnittstelle zwischen Verschwörungstheorie und Tatsachenbericht.

Die Autoren der jüngsten Version dieses Vorwurfs möchten mehr. John Mearsheimer, Politologe an der University of Chicago, und Stephen Walt, Professor an der zur Harvard-Universität gehörenden John F. Kennedy School of Government, wollen empirisch belegen, dass es einem effektiven Netzwerk von Israel-Lobbyisten, neokonservativen Intellektuellen, aber auch christlichen Fundamentalisten in den USA gelungen ist, Washingtons Außenpolitik so weit zu beeinflussen, dass das nationale Interesse Amerikas zweitrangig geworden ist, ja, dass etliche politische Entscheidungen, die zugunsten Israels gefällt wurden, die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährden.

Ihre Kernthese lautet: Der Israel-Lobby sei es gelungen, „die Außenpolitik so weit von dem abzubringen, was die Rücksicht auf das nationale Interesse eigentlich diktieren würde, und gleichzeitig viele Amerikaner davon zu überzeugen, dass das amerikanische und das Interesse des anderen Landes – in diesem Fall Israel – im Wesentlichen identisch ist“.

Die Identität der Interessen aber bestritten die beiden Autoren, und damit ist ihr Buch ein Politikum.

Als die beiden Politologen die Kernthesen ihrer Recherche im vergangenen Jahr als Essay in der „London Review of Books“ veröffentlichten, brach ein Sturm der Entrüstung los. Vertreter jüdischer Gruppen in den USA bezeichneten die Wissenschaftler, die sich eigentlich im Mainstream ihrer Zunft bewegen, als Antisemiten. An den Universitäten und in den Medien vollzog sich eine Schlammschlacht aus wechselseitigen Vorwürfen und Verdächtigungen.

Es ging damals und es geht heute darum, ob Intellektuelle an einem neuen Verschwörungsmythos weben – der Vergleich mit den rassistischen „Protokollen der Weisen von Zion“ tauchte schon mehrfach auf. Die angesehenen Fachzeitschrift „Foreign Affairs“ hingegen hält es für mög-

GERALD HERBERT / AP

SCOTT KINGSLEY / AP

lich, dass die Thesen von Mearsheimer und Walt einen „nützlichen Paradigmenwechsel in der amerikanischen Nahost-Politik herbeiführen könnten“.

Schon jetzt geht es hoch her: Gleich reihenweise wurden Lesetermine der Professoren abgesagt. So luden sowohl die New Yorker City University als auch das Chicagoer Council on Global Affairs die beiden Autoren wieder aus. Universitätsverwaltungen setzen sich vorsichtig von den Debatanten ab, weil sie um Zuwendungen für ihre Institutionen fürchten. Und die Autoren klagen, eine rationale Debatte sei kaum noch möglich, weil genau jene Kräfte, die sie in ihrem Buch beschreiben, den Angriff auf sie mit einem Angriff auf Israel verwechselten und nun versuchten, die Kritiker mundtot zu machen.

hofften, dass beide Vorteile aus der regionalen Modernisierung ziehen würden.

Dass Saddam keine wirkliche Bedrohung für Amerika darstellte, wohl aber für Israel, ist eine Tatsache, die selbst Mitglieder der Bush-Regierung zugegeben haben, wenn auch nur sehr selten in aller Öffentlichkeit. Und dass sich die Parameter der amerikanischen Nahost-Politik ändern müssen, ist keineswegs die exklusive Erkenntnis zweier Politologen. Die Einsicht teilen so unterschiedliche Politiker wie Ex-Präsident Jimmy Carter oder Tony Blair.

Und die Parameter, sie ändern sich ja schon: Auch bekehrte Neocons wie Francis Fukuyama („Das Ende der Geschichte“) räumen ein, das große missionarische Projekt der Neokonservativen sei einstweilen gescheitert. Von einigen prominenten

Arsenal traditioneller Außenpolitik, auf jeden Fall aber eine Todsünde wider den Geist neokonservativer Demokratielehre.

Ob deswegen Israel mehr oder weniger die gesamte Außenpolitik der USA in „strategische Haftung“ genommen hat, wie die Autoren behaupten, ist allerdings eine ganz andere Frage. Die Isolation der Vereinigten Staaten in der muslimischen Welt ist für die Autoren auch eine Folge der bedingungslosen Unterstützung Israels.

Das ist, selbstverständlich, vermintes Terrain. Natürlich hüten Mearsheimer und Walt sich, die Terroranschläge vom 11. September 2001 mit der Washingtoner Israel-Politik zu begründen. Ganz deutlich aber schreiben sie, dass der Einfluss der Lobby „die terroristische Gefahr vergrößert“. Die USA hätten genau deshalb ein Terrorismusproblem, „weil sie so eng mit Israel alliiert sind“. Die Angst, dass eines nicht fernen Tages die amerikanische Öffentlichkeit deshalb die Schuld am islamischen Terror Israel oder den Interessenvertretern amerikanischer Juden geben könnte, macht erklärlich, warum das Echo auf dieses Buch so alarmistisch ausfällt.

Am gleichen Tag wie Walts und Mearsheimers fleißig zusammengetragener Indizienberg für die israelische Einflussnahme wird einer der Cheflobbyisten und Hauptakteure ihres Buchs eine Replik auf den US-Markt bringen. Sie heißt: „Die tödlichsten Lügen: Israels Lobby und der Mythos von der jüdischen Kontrolle.“ Verfasser ist Abraham Foxman, seit 20 Jahren Chef der amerikanischen Anti-Defamation League. Das Vorwort hat Reagans ehemaliger Außenminister George Shultz geschrieben, und der nimmt sich das Werk der beiden Politologen heftig vor: „Das ist eine Verschwörungstheorie, schlicht und einfach. Wissenschaftler großer Universitäten sollten sich schämen, so etwas zu verbreiten.“

Das werden die Beschuldigten nicht tun – und brauchen es wohl auch nicht. Ihr Buch ist in erster Linie ein Indiz dafür, dass Washingtons Nahost-Politik gegenwärtig einer Überprüfung unterzogen wird. Dass George W. Bush deshalb in den verbleibenden Monaten seiner Amtszeit noch mit der Hamas reden oder, wie von vielen Gegnern gefordert, einen möglichst vollständigen Truppenabzug aus dem Irak anordnen könnte, ist kaum zu erwarten. Auch nicht, dass irgendeiner seiner Nachfolger die enge Bindung an Israel lockern wird.

Vorstellbar ist aber auch nicht mehr, dass der nächste US-Präsident noch einmal einem israelischen Regierungschef Carte blanche geben könnte, wie Bush es für Ariel Sharon und Ehud Olmert getan hat. Wenig wahrscheinlich auch, dass es den Neocons noch einmal gestattet sein könnte, die amerikanische Nahost-Politik zu kidnappen.

Auch das hat Bush im Irak bewerkstelligt.

HANS HOYNG



KAREN BLEIER / AFP

Vizepräsident Cheney vor Israel-Lobbyisten: Identisches Interesse?

Die Sorge, nicht genügend Beachtung zu finden, ist allerdings unbegründet. Was ihre Thesen zur israelischen Lobbyarbeit für den Nahen Osten und zum neokonservativen Urheberrecht am Irak-Krieg betrifft, stehen Mearsheimer und Walt längst nicht mehr allein da.

Dass etwa der Irak-Krieg auch etwas damit zu tun hat, dass sich in Washington zeitweilig die Hoffnung durchgesetzt hatte, den Kernkonflikt des Nahen Ostens durch den Versuch zu umgehen, in den Staaten der Region eine demokratische Modernisierung voranzutreiben, wird niemand mehr bestreiten. Auch nicht die These der beiden Politologen, wonach Amerikas Kriegsbefürworter den Sturz Saddams als Verbesserung der strategischen Position Israels und Amerikas ansahen und darauf

Kriegsbefürwortern ist bereits ein vorsichtiges „mea culpa“ zu vernehmen. Die Mehrheit ist allerdings der Überzeugung, der strahlende Glanz ihrer Vision sei vor allem deshalb erloschen, weil eine inkompetente Regierung sie so verheerend umgesetzt habe.

Schließlich hat sogar die Bush-Regierung selbst, allem Pathos à la Kansas City zum Trotz, in ihrer Nahost-Politik den Umweg über Bagdad aufgegeben. Außenministerin Condoleezza Rice pendelt wieder wie ihre Vorgänger zwischen Jerusalem und Ramallah, wenn auch noch nicht in der gebotenen Frequenz. Dass sich Washington entschieden hat, die Gegner Irans aufzurüsten, darunter auch so zweifelhaft Diktaturen wie Saudi-Arabien, ist ein – häufig kontraproduktives – Mittel aus dem